

Beschlussvorlage



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 0332/2010
Amt/Aktenzeichen Dezernat IV/50 03 00 02	Datum 01.03.2010	TOP

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 16.03.2010

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum
Beirat für Migration und Integration der Stadt Mainz	Kenntnisnahme	21.04.2010
Jugendhilfeausschuss	Kenntnisnahme	21.04.2010
Sozialausschuss	Kenntnisnahme	21.04.2010
Schulträgerausschuss	Kenntnisnahme	21.04.2010
Stadtrat	Kenntnisnahme	05.05.2010

Betreff:

Migrationssensible Jugendhilfeplanung - Abschlussbericht des Projektes "Integration durch Sozialraumorientierung"

Dem Oberbürgermeister und dem Stadtvorstand vorzulegen

Mainz, 01.03.2010

gez. Merkator

Kurt Merkator
Beigeordneter

Mainz, 17.03.2010

gez. Beutel

Jens Beutel
Oberbürgermeister

Beschlussvorschlag:

Die städtischen Gremien nehmen von der Vorlage Kenntnis.

Problembeschreibung / Begründung

1. Sachverhalt
2. Lösung
3. Alternativen
4. Ausgaben/Finanzierung
 - a) einmalige Ausgaben
 - b) laufende Ausgaben einschl. Folgekosten (z.B. Sach- und Personalkosten, Schuldendienst)

1) Sachverhalt

Seit November 2006 wurde in der Stadt Mainz das Modellprojekt „Integration durch Sozialraumorientierung“ unter Federführung des Institutes für Sozialpädagogische Forschung Mainz e.V. durchgeführt. Mit diesem Projekt wurde beabsichtigt, eine gesamtstädtische Konzeption zu entwickeln, wie angesichts veränderter Lebens- und Bedarfslagen durch Zu- und Einwanderung, die soziale Infrastruktur adäquat weiterentwickelt werden kann. Mittlerweile wird in dem vorliegenden Nationalen Integrationsplan wie auch in dem Landesintegrationskonzept anerkannt, dass die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft eine zentrale Zukunftsaufgabe darstellt, die im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen angegangen werden muss.

Den Kommunen kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, da hier das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten konkret zu gestalten ist. Bisher liegen bundesweit noch kaum Erfahrungen vor, wie gesamtstädtische Integrationskonzepte und die praktische Realisierung aussehen können. Insbesondere mit Blick auf die Lebenslagen von jungen Menschen und Familien zeigt sich auch in Mainz Handlungsbedarf. Nach wie vor sind die Regelangebote der sozialen Infrastruktur nur wenig auf die Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten bezogen und miteinander vernetzt.

Ebenso zeigt sich, dass auch die Schnittstellen von Schule und Jugendhilfe kaum definiert und konzeptionell operationalisiert sind, um den Kreislauf von sozialer Benachteiligung und Bildungsbenachteiligung bei Menschen mit Migrationshintergrund aufzuheben. Darauf weist in besonderer Weise der 12. Jugendbericht der Bundesregierung hin. All diese Handlungsbedarfe müssen in kommunalen Planungsstrategien aufgenommen werden. Aber auch hierfür liegen bislang keine Erfahrungswerte vor, die für die Stadt Mainz handlungsleitend sein könnten.

Das nun abgeschlossene und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge finanzierte Modellprojekt hat für diese Handlungsbedarfe konkret nutzbare Konzepte und Ansätze entwickelt.

Die Stadt Mainz hat sich mit personellen Ressourcen aktiv in die Projektausgestaltung eingebracht. Dabei wurde erkennbar, dass das Thema „Bildung“

und die Gestaltung der Schnittstellen zwischen Schule und Jugendhilfe sowie das Thema Integration in das Berufs- und Arbeitsleben bei der Erstellung eines Integrationskonzeptes einen hohen Stellenwert einnehmen müssen.

2) Lösung

Der Abschlußbericht wird von den städtischen Gremien zur Kenntnis genommen.

3) Alternativen

keine

4) Ausgaben/Finanzierung

a) einmalige Ausgaben

b) laufende Ausgaben einschl. Folgekosten (z.B. Sach- und Personalkosten, Schuldendienst)

keine

Finanzielle Auswirkungen zu 2. und 3.

ja, Stellungnahme Amt 20 Anlage 1

nein